

**Klimapolitik
getrieben von eigennützigen Interessen?**

Deutschland und China im Vergleich

Von
Alexandra Naumann



Abstract

Zwei starke Wirtschaftsnationen stehen vor großen Herausforderungen in der Klimapolitik. Wer und was beeinflusst die Klimapolitik Deutschlands und Chinas? Welche Triebkräfte und Interessen stehen dahinter? Diese Frage wird in der folgenden Betrachtung anhand des Zwei-Ebenen-Ansatzes von Robert D. Putnam analysiert. Deutschlands und Chinas innerstaatliche Akteure, Präferenzen der Regierung und Positionen bei internationalen Verhandlungen werden dazu miteinander verglichen. Daraus soll das außenpolitische Handeln der Staaten anhand von innerstaatlichen Akteuren und Strukturen erklärt werden. Zwei Staaten mit stark divergierenden politischen Systemen werden auf diesem Themengebiet zum Teil ähnlich beeinflusst. Innerstaatlich finden die Präferenzen der Wirtschaft große Beachtung, international werden eigensinnige Ziele der Regierung verfolgt. Der Machterhalt der Regierung liegt dabei stets im Fokus der verhandelnden Nationen. Die internationale Selbstdarstellung weicht maßgeblich von den tatsächlichen Motivationsgründen der Regierungen ab. Dies ist in Deutschland insbesondere von der Konstellation der regierenden Parteien abhängig. In Deutschland kann naturgemäß eine Sanktionierung der Regierung durch den Wähler erfolgen, aber auch in China hat die Regierung die Notwendigkeit des Handelns in der Klimapolitik erkannt. Denn die Bevölkerung **ist** bereits konkreten Folgen ausgesetzt. Beide Länder verbinden den Klimaschutz mit ihrem Wirtschaftsumbau und insbesondere China hat die Soft-Power-Funktion dieses Themenbereiches erkannt.

Key Words: Klimapolitik, Deutschland, China, Zwei-Ebenen-Ansatz, IB

Abstract

Two strong economic nations are confronted with new challenges in climate politics. Who and what has an influence on the climate policy of Germany and China? Which driving forces and interests can be identified? This question will be analysed in the following discourse on the basis of Robert D. Putnam's two-level game theory. For this purpose, Germany's and China's national players, government's preferences and their position in international negotiations will be compared. The external policies of these countries should be explained through national influencing actors and structures. In two states with divergent political systems this topic is to a certain extent influenced by similar actors. Preferences of the domestic economy are regarded as highly important. On the international level the governments try to pursue their own interests and goals. The governments are strongly interested in their retention of power. The international representation of the own country differs from the government's actual motivation to deepen the involvement in climate policy. In Germany, this is particularly related to the constellation of the ruling parties. The German government can be sanctioned by the voter, but China has also realized the need to take action in this domain, since the country already suffers from actual consequences. Both countries link the climate protection to a modification of the own economy and especially China recognized the topics' soft power function.

Key Words: climate policy, Germany, China, two-level game theory, IR

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Erläuterung der Theorie	2
2.1.	Der Zwei-Ebenen-Ansatz.....	2
2.2.	Theoriewahl	3
3.	Klimapolitik Deutschlands.....	4
3.1.	Innerstaatliche Akteure und Präferenzen	4
3.2.	Rolle der Regierung und der Ratifikationsprozess	7
3.3.	Internationale Verhandlungen und Präferenzen.....	8
4.	Klimapolitik Chinas	11
4.1.	Innerstaatliche Akteure und Präferenzen	11
4.2.	Rolle und Präferenzen der Regierung	13
4.3.	Internationale Verhandlungen und Präferenzen.....	15
4.3.1.	Chinas traditionelles Verhalten auf internationaler Ebene.....	15
4.3.2.	Präferenzen internationaler Vertragsparteien	15
4.3.3.	Chinesische Präferenzen auf internationaler Ebene	16
5.	Vergleich der Akteure und Interessen Deutschlands und Chinas	18
6.	Fazit.....	20
7.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	23

1. Einleitung

Der Weltklimarat prognostiziert, dass die Durchschnittstemperatur auf der Erde bei gleichbleibenden Umständen bis 2100 um vier Grad steigen wird.¹ Länder wie Deutschland und China sind mit ihren hohen Treibhausgasemissionen mit dafür verantwortlich. Von Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise Wetterextremen, sind sie bereits betroffen. Chinas Großstädten macht vor allem der Smog zu schaffen.² Beide Länder, die insbesondere ihre intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit verbindet, werden durch solche Probleme vor neue Herausforderungen im vergleichsweise jungen Feld der Klimapolitik gestellt.

Deutschland und China konkurrieren in diesem Bereich seit mehreren Jahren um die Vorreiterrolle. Beide Staaten haben aufgrund ihrer Stellung im internationalen System die Möglichkeit, einen nachhaltigen Einfluss auf die Klimapolitik auszuüben. Große Unterschiede zeigen sich jedoch in den politischen Systemen, der Geschichte und Einstellung zur Umwelt- und Klimapolitik. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wer und was die Klimapolitik dieser unterschiedlichen Länder beeinflusst. Was sind die Triebkräfte und Interessen in der Klimapolitik? Dieser Frage soll in der vorliegenden Betrachtung nachgegangen werden.

Dazu werden beide Länder anhand derselben Aspekte zunächst separat untersucht und dann abschließend miteinander verglichen. Zur Analyse der Leitfrage soll der Zwei-Ebenen-Ansatz von Robert D. Putnam dienen. Zu Beginn wird dieser veranschaulicht und die Wahl der Theorie begründet. Anhand dessen soll gezeigt werden, wie sich Präferenzen und Verhalten auf nationaler und internationaler Ebene gegenseitig bedingen. Dazu werden im ersten Schritt der Analyse die innerstaatlichen Akteure, sowie ihre Präferenzen und Einflussmöglichkeiten auf die Regierung untersucht. Die Auswahl der Akteure richtet sich nach der verwendeten Theorie und basiert auf Erkenntnissen bereits vorhandener Literatur zu relevanten Akteuren mit erwähnenswerten Einflussmöglichkeiten.

Daraufhin gilt es, die Rolle der Regierung herauszuarbeiten und in diesem Kontext den Ratifikationsprozess beider Länder zu untersuchen. Im dritten Schritt wird das Verhalten beider Länder auf internationaler Ebene analysiert, im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von 2015. Dies ist das letzte große internationale Klimaabkommen und spiegelt einen Wendepunkt des chinesischen Verhaltens in diesem Themengebiet auf internationaler Ebene wider. Aufgrund dessen wird auch auf Chinas traditionelles Verhalten eingegangen und nach den Gründen für den Strategiewechsel gesucht. Um den Rahmen der Betrachtung nicht zu überschreiten, werden Verhandlungen, Ereignisse und Positionen beider Länder auf internationaler Ebene nach 2015 nicht in die Analyse miteinbezogen.

In der Forschung gibt es häufig separate Untersuchungen zu innerstaatlichen Akteuren der jeweiligen Länder. Der liberale Theorieansatz wird des Öfteren für die Analyse der deutschen Klimapolitik verwendet. Diese Betrachtung soll jedoch darüber hinaus gehen und beide Länder anhand von Kernaussagen der Theorie, als auch durch die Fragestellung geleitet, untersuchen und miteinander vergleichen. Es werden zwei Länder gegenübergestellt, die sich stark

¹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik, Berlin 2018, S. 8.

² Vgl. Voß, Edgar: Klimapluralisierung. Bündnisse mit der Zivilgesellschaft in der chinesischen Klimapolitik, Wiesbaden 2017, S. 167f.

im politischen System unterscheiden, auf diesem Themengebiet auf internationaler Ebene aber eine ähnliche Rolle einnehmen. Dies kann dazu dienen, die tatsächlichen Ambitionen hinter konkreten Bemühungen und Umsetzungen herauszustellen und zukunftsweisende Schritte auf diesem Themengebiet durch die vermeintlichen Vorreiter richtig einzuordnen.

Die Literatur ist in diesem Themenfeld sehr vielfältig. Besonders hilfreich für diese Betrachtung waren Werke des Autors Sebastian Harnisch und das Buch „Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung“ von Michael Böcher und Annette Elisabeth Töller.

2. Erläuterung der Theorie

2.1. Der Zwei-Ebenen-Ansatz

Der Zwei-Ebenen-Ansatz wurde 1988 von Robert D. Putnam in seinem Aufsatz „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games“ entwickelt. Das theoretische Konzept wird dem Neoliberalismus zugeordnet. Der Neoliberalismus besteht aus einer Sammlung von Ansätzen, die den liberalen Anspruch haben, das außenpolitische Handeln eines Staates durch innerstaatliche Prozesse, Strukturen und die Verfasstheit des Staates zu erklären.³

Putnams Theorie dient also der Analyse des außenpolitischen Handelns von Staaten. Er geht dabei davon aus, dass jenes sowohl von innerstaatlichen Präferenzen als auch von internationalen Verhandlungen beeinflusst wird.⁴ Auf der ersten Ebene werden internationale Verhandlungen geführt und vorläufige Einigungen erzielt. Die zweite Ebene zeichnet sich durch den innerstaatlichen Politikprozess aus. Auf dieser Ebene befinden sich innerstaatliche Interessengruppen, die ihre Präferenzen durchsetzen möchten. Somit werden hier „systemische und subsystemische Erklärungsfaktoren“⁵ zusammengeführt, die die Außenpolitik eines Staates bedingen. Dafür benutzt er die Metapher des Zwei-Ebenen-Spiels (Two-Game Play).⁶ Im Zentrum der Theorie stehen Regierungen, die als rationale Akteure agieren, eigene Präferenzen sowie politische Ressourcen haben und sich von ihrer Position her zwischen den Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene befinden. Die Regierung hat als einziger Akteur ihres Staates die Möglichkeit mit anderen Staaten auf internationaler Ebene zu verhandeln und fungiert dabei als „gatekeeper“. Das bedeutet, dass sie die Einigung, beziehungsweise die Balance der Interessen auf beiden Ebenen, zum Ziel hat.⁷

Eine Verknüpfung beider Ebenen wird durch das etwas breiter gefasste Konzept der Ratifikation geschaffen. Darunter ist die Notwendigkeit der Staaten zu verstehen, die Ergebnisse aus internationalen Verhandlungen innerstaatlich zu ratifizieren. Sowohl formelle als auch informelle Verfahren und Vorgänge fallen darunter. Ein institutionell festgelegtes Ratifikationsverfahren, beispielsweise durch ein Parlament, ist ein formales Verfahren, ohne welches ein Abkommen nicht in Kraft tritt. Darüber hinaus sind die Präferenzen anderer innerstaatli-

³ Vgl. Gu, Xuewu: Theorien der internationalen Beziehungen. Einführung, 3. Aufl., Berlin 2018, S. 135.

⁴ Vgl. Harnisch, Sebastian: Vergleichende Außen- und Sicherheitspolitik, in: Schmidt, Manfred G./Wolf, Frieder/Wurster, Stefan (Hrsg.): Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 424.

⁵ Brummer, Klaus/Oppermann, Kai: Außenpolitikanalyse, Berlin 2014, S. 76.

⁶ Vgl. Putnam, Robert D.: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization, Jg. 42 (1988) 3, S. 434-436.

⁷ Vgl. Brummer/Oppermann, a. a. O., S. 75.

cher Akteure zu beachten, die eine Regierung mit größerem zeitlichem Abstand sanktionieren können. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Meinung der Wähler. Sie haben die Möglichkeit eine Regierung bei der nächsten Wahl abzuwählen.⁸ Innerstaatliche Interessengruppen üben somit Druck auf die Regierung aus, die gewünschten Präferenzen durchzusetzen. Dies beeinflusst gleichzeitig die Verhandlungen auf internationaler Ebene. Da Regierungen hier als rationale Akteure agieren und ihr Interesse ebenfalls dem eigenen Machterhalt dient, vertreten sie auf internationaler Ebene innerstaatliche Interessen, mit Beachtung des internationalen Kontextes. Ihre Position und die Beziehungen auf internationaler Ebene möchte die Regierung ebenfalls nicht gefährden.⁹ Da die Regierung eine innerstaatliche Ratifikation erreichen möchte, ist ihr Handlungsspielraum durch die Präferenzen der für die Ratifikation notwendigen Mehrheit begrenzt. Die Entscheidungsbefugnis innerstaatlicher Akteure kommt jedoch auch an ihre Grenzen, da sie ausschließlich über die Zustimmung oder Ablehnung eines Abkommens entscheiden können. Änderungswünsche an vereinbarten Entscheidungen entsprechen somit einer gleichzeitigen Ablehnung.¹⁰

Die Gesamtheit aller Verhandlungsergebnisse, die die Möglichkeit der innerstaatlichen Ratifikation haben, sind unter dem Konzept der win-sets gefasst. Der Verhandlungsspielraum einer Regierung auf internationaler Ebene hängt somit von der Größe des win-sets ab.¹¹ Ebenso ist die Wahrscheinlichkeit ein Ergebnis zu erzielen von der Größe der win-sets der beteiligten Staaten und der Überschneidung der darin liegenden Präferenzen abhängig.

Eine weitere Rolle spielt die Verhandlungsmacht der Regierungen im internationalen Raum. So hängt diese ebenfalls von der win-set-Größe ab, sie wird sogar als „primäre Quelle ihrer internationalen Verhandlungsmacht“¹² bezeichnet. Mit einem kleinen win-set kann die Verhandlungsposition erweitert werden, da die innerstaatliche Situation als Erklärung für das Scheitern einer Einigung verwendet werden kann. Dadurch können Zugeständnisse des Verhandlungspartners erwirkt werden.¹³

2.2. Theoriewahl

Der Zwei-Ebenen-Ansatz wurde aus mehreren Gründen als theoretisches Konzept für diese Untersuchung gewählt. Als Vorteil kann die methodische und inhaltliche Konzeption der zwei sich gegenseitig beeinflussenden Analyseebenen genannt werden. Aus anderen empirischen Untersuchungen geht hervor, dass innerstaatliche Interessen verschiedener Akteure die Außenpolitik des Staates beeinflussen. Der liberale Ansatz trifft insbesondere auf die Analyse deutscher Außenpolitik zu.¹⁴ Die Außerachtlassung der nationalen Ebene wäre diesen Erkenntnissen zufolge unangemessen, auch wenn Teile dessen, was die Theorie postuliert, nicht mit dem chinesischen System zu vereinbaren sind. Eine eindeutige Aufteilung des chinesi-

⁸ Vgl. Putnam, a. a. O., S. 436.

⁹ Vgl. ebd., S. 434.

¹⁰ Vgl. Brummer/Oppermann, a. a. O., S. 81f.

¹¹ Vgl. ebd., S. 82; vgl. Putnam, a. a. O., S. 437.

¹² Brummer/Oppermann, a. a. O., S. 89.

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. Tilly, Jan: Two-Level-Games: Eine neoliberale Perspektive auf die Deutsch-Amerikanische Klimapolitik zwischen 1994 und 2001, in: Müller, Markus M. (Hrsg.): Casebook internationale Politik, Wiesbaden 2011, S. 175.

schen Systems gemäß den Bestandteilen der Theorie ist, anders als in Deutschland, nicht möglich. Dennoch gibt es Argumente, die dafürsprechen, den Zwei-Ebenen-Ansatz in diesem Kontext anwenden zu können. Seit 2004 existiert in China die Pflicht, sowohl gesellschaftliche als auch wirtschaftliche Organisationen in offizielle Verfahren zur Änderung von Gesetzen miteinzubeziehen. Auf beratende Institutionen, die häufig dem Staat sehr nahestehen, versuchen sowohl ausländische als auch nationale Akteure Einfluss zu nehmen. Dies sind die von China definierten innerstaatlichen Prozesse zur möglichen Einflussnahme auf die Politik der Regierung, auch wenn in der Praxis oftmals eine starke Verbindung zu den Interessen letzterer besteht.¹⁵ Diese Interessen muss China auf internationaler Ebene ebenso beachten wie Deutschland, da andernfalls gesellschaftliche Proteste oder die Abstrafung durch wirtschaftliche Akteure drohen können. Für die Stabilisierung des politischen Systems und damit auch für die chinesische Regierung ist die bestmögliche Vermeidung beider Fälle unabdingbar.¹⁶ Darüber hinaus bietet die Verwendung dieses Ansatzes die Möglichkeit zu untersuchen, inwieweit eine Einflussnahme der innerstaatlichen Akteure in Chinas politischem System möglich ist. Außerdem lassen sich andere Elemente des theoretischen Ansatzes, wie die Rolle der Regierung als zentraler Akteur und die Balancierung zwischen nationalen Interessen und internationalem Druck auf China anwenden und somit auch mit Deutschland vergleichen.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass der Ansatz an seine Grenzen stößt, wenn es darum geht, die Entstehung nationaler Interessen zu erklären. Die gegebenen Umstände werden bei der Analyse nicht hinterfragt.¹⁷ Als nächstes wird die Klimapolitik Deutschlands analysiert, beginnend mit der zweiten Ebene aus Putnams Ansatz, den innerstaatlichen Akteuren.

3. Klimapolitik Deutschlands

3.1. Innerstaatliche Akteure und Präferenzen

In Deutschland gibt es eine große Diversität an innerstaatlichen Akteuren, die gezielte Interessen in der Klimapolitik verfolgen. Die Präferenzen aller Parteien, aber insbesondere die Existenz einer grünen Partei, hat einen Einfluss auf das Themengebiet Klimapolitik. Außerdem tragen wirtschaftliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Zivilgesellschaft ihre klimapolitischen Präferenzen auf verschiedene Arten an die Bundesregierung heran.¹⁸

Deutschlands parlamentarisches Regierungssystem macht es möglich, dass verschiedene Parteien die Meinung der Bürger im Bundestag vertreten. Ein Teil dessen ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist aus einer Umweltbewegung und dem Zusammenschluss der Grünen mit dem ostdeutschen Bündnis 90 entstanden.¹⁹ Ihr Einzug in den Bundestag und ihre

¹⁵ Vgl. Heilmann, Sebastian: Politischer Führungswechsel und Xi Jinpings präsidentialer Repräsentationsstil, in: Ders. (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 180.

¹⁶ Vgl. Hartmann, Sebastian/Zhu, Yi: Politische Kontrolle und Partizipationsforderungen, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 245.

¹⁷ Vgl. Tilly, a. a. O., S. 175.

¹⁸ Vgl. Sohre, Annika: Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung und Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Berlin 2014, S. 303.

¹⁹ Vgl. Decker, Frank: Etappen der Parteigeschichte der GRÜNEN, 16.07.2018, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/gruene/42151/geschichte>, abgerufen am: 08.03.2019.

Regierungsbeteiligung von 1998-2005 zeigen, dass ihre umwelt- und klimapolitischen Inhalte eine wachsende Relevanz in der deutschen Gesellschaft erfahren haben. Dadurch kann ein konkreter Einfluss der Partei auf die klimapolitische Agenda Deutschlands erkannt werden, weil allein die Existenz einer grünen Partei die anderen, insbesondere die Regierungsparteien, beeinflussen kann. Denn ein Präferenzumschwung in der Bevölkerung, beziehungsweise die Artikulation neuer Präferenzen, kann von den Regierungsparteien nicht ignoriert werden, wenn sie ihren Machterhalt langfristig sichern wollen.²⁰ Hierbei erkennt man, dass die Einflussmöglichkeiten einer Partei als Akteur auf der innerstaatlichen Ebene durch die Präferenzen der wählenden Bevölkerung bedingt werden. Denn die Parteien, die nicht die Mehrheit der Stimmen erhalten und zu Oppositionsparteien werden, haben keinen direkten Einfluss auf die Klimapolitik der Regierung. Die Opposition kontrolliert die Exekutive, nimmt Stellung zu Regierungsprogrammen, ist am Gesetzgebungsverfahren beteiligt, womit sie aber keine umfassenden Einflussmöglichkeiten auf die Regierungsarbeit hat.²¹

Ein weiterer einflussreicher innerstaatlicher Akteur ist die Wirtschaft. Sie wird häufig durch Wirtschaftsverbände vertreten und betreibt einen sehr aktiven Lobbyismus, um den eigenen Profit zu maximieren. Eine traditionelle Einschätzung der Wirtschaft als Gegner von Klimazielen kann nicht mehr erfolgen. Gesetzliche Änderungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben zu technologischen Innovationen und der Entwicklung der Erneuerbaren-Energien-Branche geführt, die zu einem immer wichtiger werdenden Wirtschaftszweig heranwächst.²² Es kann daher ein Unterschied zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren ausgemacht werden. Auf der einen Seite steht die konventionelle Energiewirtschaft mit einer kritischen Haltung zu Klimaschutzmaßnahmen. Auf der anderen Seite befinden sich die anderen Wirtschaftssektoren, wie der Erneuerbare-Energien-Sektor, deren Interessen im Einklang mit klimapolitischen Zielen stehen.²³ Letzterer profitiert von der Klimapolitik, da konkrete Maßnahmen zur Umsetzung entsprechender Ziele in Deutschland maßgeblich mit der Förderung erneuerbarer Energien verbunden sind. Der Grund dafür ist, dass primär eine Senkung der Emissionen innerhalb der Energiewirtschaft angestrebt wird, weil diese anteilig den größten Treibhausgasausstoß verursacht.²⁴

Im Allgemeinen haben Wirtschaftsverbände eine enorme politische Einflussmöglichkeit. Dies lässt sich durch ihre großen Ressourcen, einen hohen Organisationsgrad und ihre Konfliktfähigkeit erklären. Letztere zeichnet sich in den meisten Fällen durch Androhungen von Standortverlagerung und dem Abbau von Arbeitsplätzen aus.

Die Präferenzen werden häufig durch Lobbyarbeit artikuliert und haben aufgrund der weitreichenden Konsequenzen für die Bevölkerung und Wirtschaft des Landes eine erhöhte

²⁰ Vgl. Böcher, Michael/Töller, Annette Elisabeth: Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012, S. 136f.

²¹ Vgl. ebd.; vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Rolle der Opposition in der Demokratie, 01.08.2016, <https://www.bundestag.de/resource/blob/419236/64f376df7bf65033d059668e3e8614f2/wd-3-285-06-pdf-data.pdf>, abgerufen am: 08.03.2019, S. 4-6.

²² Vgl. Böckem, Alexandra: Klimapolitik in Deutschland: Eine Problemanalyse aus Expertensicht, Hamburg 2000, S. 17.

²³ Vgl. Sohre, a. a. O., S. 313f.

²⁴ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, Berlin 2016, S. 7.

Durchsetzungsmöglichkeit.²⁵ Das ist auch bei der Automobilindustrie der Fall, der als „Leitindustrie“ häufig eine Durchsetzung der eigenen Präferenzen gelingt. Möglichen Absatzverlusten wird hier stets politisch entgegengewirkt.²⁶

Die nächsten innenpolitischen Akteure mit denselben rechtlichen Möglichkeiten auf Einflussnahme sind Umweltverbände. Aufgrund ihrer geringeren finanziellen Ressourcen, ihrem geringeren Organisationsgrad und ihrer Abhängigkeit von sozialem Engagement haben sie in der Praxis aber nicht die Möglichkeiten und dieselbe Reichweite wie Unternehmen oder Wirtschaftsverbände. Trotz einer großen Diversität an Umweltverbänden kann man erkennen, dass alle sehr ähnliche Ziele verfolgen. Sie fordern umfangreicheren Klima- und Umweltschutz und kritisieren die Regierung häufig dafür, dass Maßnahmen und Ziele nicht weitreichend genug seien.²⁷ Diese Ziele sollen traditionell durch Protestaktionen, Stellungnahmen und durch die Beteiligung oder Initiierung von Gerichtsverfahren verwirklicht werden.²⁸ Dabei ist die mediale Aufmerksamkeit dieser Aktionen von besonderer Relevanz, da Medien die Reichweite eines Themas steuern und die Interessen der Umweltverbände an die restliche Bevölkerung herantragen können. Auf die Art und Weise können sie Debatten in der Gesellschaft bedingen und beeinflussen.²⁹ Im Gegenzug beeinflusst die Relevanz eines Themas in der Gesellschaft, wie bereits herausgestellt, die politische Debatte. Daraus kann geschlossen werden, dass Umweltverbände auf indirektem Wege den klimapolitischen Diskurs mitformen können.

Abgesehen von den genannten traditionellen Methoden ist auch eine Professionalisierung der Umweltverbände zu erkennen, da sie mehr finanzielle Ressourcen in Lobbyarbeit investieren und vermehrt mit Unternehmen kooperieren.³⁰ Das Ziel ist der direkte Einfluss auf die klimapolitische Agenda. Dazu werden Lobbyisten eingesetzt. Diese analysieren Standpunkte von Parteien zu Themen, die ihren Arbeitgeber konkret betreffen. Auf den Prozess der Positionierung und Umsetzung politischer Maßnahmen in diesen Bereichen versuchen sie einen Einfluss zu ihren Gunsten zu nehmen. Während der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 2017 gingen unterschiedliche Umweltverbände ebenfalls so vor und trafen sich mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen.³¹ Daran ist zu erkennen, dass Umweltverbände ihre Einflussmöglichkeiten primär bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen sehen, da sich ihre Standpunkte und Präferenzen mit denen der grünen Partei überschneiden. Generell haben Umweltverbände aber eine schwierigere Durchsetzungsmöglichkeit, weil der Klimawandel im Vergleich zu wirtschaftlichen Verlusten von der Politik nicht als direkte Bedrohung betrachtet wird. Häufig werden ihre Forderungen als politisch nicht durchsetzbar angesehen, weil sie im Konflikt mit anderen Politikbereichen

²⁵ Vgl. Gründinger, Wolfgang: Lobbyismus im Klimaschutz. Die nationale Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems, Wiesbaden 2012, S. 26f.

²⁶ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 130.

²⁷ Vgl. Sohre, a. a. O., S. 314.

²⁸ Vgl. ebd., S.130.

²⁹ Vgl. ebd., S. 133; vgl. Mittler, Daniel: Die Klimapolitik ist in – und braucht – Bewegung. Reaktion auf vier Beiträge zum Thema Klimaschutz als Weltbürgerbewegung in GAIA: A. Brunnengräber (2014), C. Leggewie et al. (2015), S. Bauriedl (2015), B. Unmüßig (2015), in: GAIA (2015) 4, S. 230.

³⁰ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 132.

³¹ Vgl. Blazer, Imre: Wer jetzt gut arbeitet, hat für die nächsten vier Jahre Ruhe, in: Die Zeit, 10.11.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/lobbyismus-sondierungsgespraech-jamaika-koalition-einflussnahme/komplettansicht>, abgerufen am: 07.03.2019.

und Interessen der Regierung stehen.³² Dadurch wird erneut deutlich, wie stark Umweltverbände auf mediale Aufmerksamkeit angewiesen sind. So haben sie die größte Möglichkeit, klimapolitische Debatten zu beeinflussen.³³

Zudem üben wissenschaftliche Institutionen Einfluss auf die Klimapolitik sowie auf den zwischenparteilichen Konsens aus – die AfD ausgenommen. Forschungserkenntnisse beeinflussen zudem die Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit. Sie bestimmen auch die Regierungsarbeit, da Forschungsergebnissen ein hoher Stellenwert in Deutschland eingeräumt wird. Dementsprechend werden diese häufig übernommen und politische Konsequenzen daraus abgeleitet oder weiterentwickelt.³⁴ 1987 haben Berichte einer Enquete-Kommission, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhten, den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel herausgestellt. Dadurch entstand der genannte parteiübergreifende Konsens zur Notwendigkeit des Klimaschutzes.³⁵ Dies zeigt die Einflussmöglichkeit der Wissenschaft.

Es ist zu erkennen, dass in Deutschland verschiedene Interessengruppen auf innerstaatlicher Ebene agieren und versuchen, ihre Präferenzen in der Politik durchzusetzen. Eine wichtige Rolle im Zwei-Ebenen-Ansatz kommt jedoch auch der Regierung und dem innerstaatlichen Ratifikationsprozess zu. Diese Kriterien werden im Folgenden untersucht.

3.2. Rolle der Regierung und des Ratifikationsprozesses

Die Regierung gilt als zentraler Akteur im Zwei-Ebenen-Spiel, da sie als einzige in der Position ist, in internationalen Verhandlungen zu agieren. Somit ist sie das Bindeglied zwischen nationaler und internationaler Ebene. Dabei verfolgt sie eigene Interessen, wird aber von innerstaatlichen Präferenzen, dem Wunsch nach Machterhalt und von internationalen Umständen beeinflusst. Der innerstaatliche Ratifikationsprozess bindet die Regierung an Präferenzen nationaler Akteure.³⁶

Diese Kriterien treffen auch auf Deutschland zu. Die Regierung hat die Möglichkeit, internationale Abkommen zu verhandeln, ist aber gleichzeitig an den innerstaatlichen Ratifikationsprozess gebunden. Ihre Durchsetzungskraft hängt von anderen institutionellen Akteuren, wie dem Bundestag und dem Bundesrat, ab. Für Beschlüsse ist eine Mehrheit im Bundestag notwendig. Nach der Vereidigung einer Koalition hat die Regierung diese Mehrheit aber üblicherweise inne. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass internationale Abkommen, die nur von der Regierung verhandelt werden können, auch ratifiziert werden, sobald nach Wahlen eine Mehrheit im Parlament besteht. Das bedeutet, dass der formale Ratifikationsprozess tatsächlich einer Formalität entspricht und keine größere Hürde darstellt, sobald eine Regierung die Mehrheit im Bundestag innehat.³⁷

Einen informellen Ratifikationsprozess, gemäß Putnams Ausführungen, kann man in Deutschland ebenfalls finden. Jede der gewählten Regierungen ist von Wählerstimmen abhängig, weshalb sie nach einer Legislaturperiode durch den Verlust von Wählerstimmen sank-

³² Vgl. Böckem, a. a. O., S. 17; vgl. Gründinger, a. a. O., S. 28.

³³ Vgl. Mittler, a. a. O., S. 230.

³⁴ Vgl. Sohre, a. a. O., S. 316.

³⁵ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 53.

³⁶ Vgl. Brummer/Oppermann, a. a. O.

³⁷ Vgl. Tilly, a. a. O., S. 170.

tioniert werden kann.³⁸ Die Regierung ist ebenfalls an ihrem eigenen Machterhalt interessiert, weshalb sie versucht, relevante gesellschaftliche Akteure und ihr Wählerklientel zufriedenzustellen.³⁹ Hieran lässt sich erkennen, dass sich der informelle Ratifikationsprozess stark mit den Präferenzen der Akteure auf innerstaatlicher Ebene überschneidet.

Die Klimapolitik wird außerdem davon beeinflusst, von welcher Partei die Regierungsämter besetzt werden. Während der rot-grünen Regierung von 1998-2005 wurde das Bundesumweltministerium von einem Minister der Bündnis 90/Die Grünen geführt. In dieser Zeit lässt sich erkennen, dass klimapolitische Maßnahmen, die bereits mehrere Jahre im Gespräch waren, umgesetzt wurden. Mit Interessen der Wirtschaft wurde konfliktreicher umgegangen.⁴⁰ Regierungspräferenzen werden somit durch die der Parteien beeinflusst. Nichtsdestotrotz ist es im Interesse aller bisherigen Regierungen gewesen, die deutsche Wirtschaft zu schützen und Arbeitsplatzverluste und Standortverlagerungen nicht zu riskieren.⁴¹ Aufgrund dessen steht das Bundeswirtschaftsministerium häufig in einem besonders konfliktreichen Verhältnis zu dem primären klimapolitischen Akteur der Regierung, dem Bundesumweltministerium. Sobald diese Ministerien von Ministern unterschiedlicher Parteien besetzt sind, entsteht aufgrund möglich konkurrierender Interessen ein größeres Konfliktpotential. Dabei ist das Bundeswirtschaftsministerium älter und verfügt informell über eine übergeordnete Stellung. Deshalb kann es seine Interessen in der Regierung zumeist einfacher durchsetzen als das Bundesumweltministerium.⁴²

Der Kanzler selbst verfügt über die Richtlinienkompetenz und kann entscheiden, in welche Richtung er das Land führt und welche Schwerpunkte er setzt. Die Ministerien werden nach dem Ressortprinzip geführt. Äußere Faktoren, wie beispielsweise die Weltwirtschaftskrise bedingen jedoch den Kurs und die Präferenzen einer Regierung.⁴³ Daraus kann man schließen, dass die Art der Führung des klimapolitischen Kurses sowohl von politischen Persönlichkeiten und den regierenden Parteien abhängt, da Regierungsämter stark mit parteipolitischen Positionen verflochten sind, als auch von unabsehbaren Ereignissen.

Seit dem Engagement Deutschlands im internationalen Klimaschutz haben sich bisher alle Regierungen, trotz unterschiedlicher innerstaatlicher Umsetzung und Handhabung, zum Klimaschutz bekannt.⁴⁴ Welche internationalen Präferenzen die Regierungen prägen und wie diese mit innerstaatlichen Präferenzen balanciert werden, wird im Folgenden analysiert.

3.3. Internationale Verhandlungen und Präferenzen

Auf internationaler Ebene präsentiert sich Deutschland bereits seit längerer Zeit als klimapolitischer Vorreiter. Diese Rolle erwirkte es durch die Zusage von ambitionierten Zielen, auf die gesetzliche Neuerungen folgten.⁴⁵ Die Motivation für das Handeln auf diesem Gebiet ging aus

³⁸ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 136.

³⁹ Vgl. ebd., S. 34.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 34.

⁴¹ Vgl. Gründniger, a. a. O., S. 28.

⁴² Vgl. Fischer, Severin: Die deutsche Energiewende in der Europapolitik, in: Böttger, Katrin/Jopp, Mathias (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 328.

⁴³ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 107,137.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 53.

⁴⁵ Vgl. Frondel, Manuel: Deutschlands Klimapolitik: Höchste Zeit für einen Strategiewechsel, in: RWI Materialien (2017) 117, S. 4.

unterschiedlichen Entwicklungen hervor. Ein Grund ist das Bekenntnis, dass der Klimawandel durch den Menschen maßgeblich beeinflusst wurde. Aufgrund des hohen Emissionsverbrauchs Deutschlands erkennen auch andere Regierungen, dass Deutschland ein Teil derer ist, die den Klimawandel mitausgelöst hat. Dies geht aus unterschiedlichen Berichten des Bundesumweltministeriums hervor.⁴⁶ Die deutschen Regierungen gestehen mit der Verfolgung internationaler Klimapolitik diese Mitschuld ein, übernehmen Verantwortung und präsentieren sich somit nach außen hin als glaubwürdig. Dieses Image wird dazu genutzt, um andere Staaten zur Nachahmung anzuregen. Deutschland möchte andere Akteure auf internationaler Ebene zu Zugeständnissen bewegen.⁴⁷ Dies ist ein weiterer Grund für die Art und Weise des Verhaltens Deutschlands auf internationaler Ebene. Bereits seit Beginn der deutschen Klimapolitik Ende der 1980er Jahre fordern deutsche Politiker internationale Kooperation in der Klimapolitik, um nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Begründet werden kann dies mit der Überzeugung, dass nur durch internationale Kooperation die Möglichkeit besteht, langfristige Kosten zu vermeiden. Wissenschaftliche Erkenntnisse haben zudem dazu beigetragen, dass sich deutsche Regierungen den unmittelbaren Folgen und den daraus entstehenden Kosten für die Menschen, die Wirtschaft und die Infrastruktur des eigenen Landes bewusst sind.⁴⁸ Dies ist auch einer der primären Gründe, weshalb deutsche Regierungen bei Verhandlungen auf internationalen Klimakonferenzen entsprechende Ziele verfolgen. Der starke Einfluss der Wissenschaft auf diese Thematik kommt dadurch besonders zum Vorschein. Aufgrund der genannten Erkenntnisse haben sich die Präferenzen der deutschen Regierungen auf internationaler Ebene nicht verschoben. Im Gegenteil, so war Deutschland bei internationalen Verhandlungen eine der treibenden Kräfte, die das Zwei-Grad-Ziel bereits vor der Pariser Klimakonferenz durchsetzen wollten.⁴⁹

Im Dezember 2015 hat sich ein Großteil der Länder weltweit auf der Klimaschutzkonferenz in Paris (COP21) auf das sogenannte Pariser Klimaabkommen geeinigt, mit dem Hauptziel, einen Anstieg der Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Außerdem soll es eine stärkere Anpassung an den Klimawandel und Mehrausgaben der Länder für Klimaprojekte geben.⁵⁰ Damit verpflichten sich die Staaten völkerrechtlich zu der Umsetzung von Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die innerstaatliche Ausgestaltung bleibt jedem Staat selbst überlassen. Bei Nichteinhaltung ist keine Sanktionierung vorgesehen.⁵¹ Auch Deutschland hat das Abkommen ratifiziert, was mit dem bereits erwähnten parteipolitischen Konsens zum Thema Klimaschutz begründet werden kann.

Bereits vorher, auf der COP (Conference of the Parties) in Kopenhagen 2009, wollte Deutschland Einigungen für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls erzielen, konnte

⁴⁶ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, a. a. O., S. 8; vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 69.

⁴⁷ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 64.

⁴⁸ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, a. a. O.

⁴⁹ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 51f.

⁵⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Abkommen von Paris, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-abkommen-von-paris.html>, abgerufen am: 23.02.2019.

⁵¹ Ladleif, Frauke: Pariser Klima-Abkommen: Ohne Sanktionen wird sich nichts ändern, in: Greenpeace Magazin, 04.10.2016, <https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichten/pariser-klima-abkommen-ohne-sanktionen-wird-sich-nichts-aendern>, abgerufen am: 23.02.2019.

seine Interessen jedoch nicht durchsetzen.⁵² Es bestand bereits lange der Wunsch, andere große Treibhausgasemittenten wie China und Indien in das internationale Abkommen miteinzubeziehen, um diese Länder zum Handeln zu verpflichten und damit einen Durchbruch in der internationalen Klimapolitik zu signalisieren.⁵³ Da das Zustandekommen eines Abkommens, wie 2009 in Kopenhagen, von den Zusagen anderer Länder abhing, befand sich Deutschland in einer Drucksituation. Denn die Durchsetzung in den internationalen Verhandlungen war nötig, um lauter werdenden Präferenzen innenpolitischer Akteure nachzukommen. Es lässt sich daraus schließen, dass das win-set Deutschlands anderen Akteuren gegenüber sehr groß war, um die Verabschiedung eines Abkommens nicht zu gefährden. Internationale Akteure mit kleinen win-sets haben somit Deutschlands Verhandlungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene beeinflusst. Die Kosten einer Nicht-Einigung müssen für Deutschland somit größer als die einer Einigung gewesen sein, da es primär am Zustandekommen des Abkommens interessiert und bereit war, auf festgeschriebene Reduktionsziele für alle Länder zu verzichten.⁵⁴ Dies lässt sich dadurch belegen, dass verschiedene Studien bereits in der Vergangenheit die Kosten des Klimawandels für das Land und seine Wirtschaft berechnet haben. Darin fallen die nötigen Ausgaben für den Klimaschutz in Relation zu zukünftigen Verlusten geringer aus.⁵⁵

Um seine Glaubwürdigkeit zu wahren, mussten im Gegenzug eigene Zugeständnisse gemacht werden. Dabei ist die Weiterentwicklung der Wirtschaft und die größere Relevanz des Erneuerbare-Energien-Sektors für die Verfolgung ambitionierter klimapolitischer Ziele der Regierung von Vorteil, da positive Effekte für die Wirtschaft, wie die Förderung technologischen Vorsprungs und die Sicherung Deutschlands als Standort, mit dem Klimaschutz vereint werden können.⁵⁶ Internationaler Klimaschutz wird somit in eine nationale „Strategie zur Modernisierung der Volkswirtschaft“⁵⁷ eingebettet, wodurch eindeutig zu erkennen ist, dass auch wirtschaftliche Interessen der Regierung ihre Präferenzen auf internationaler Ebene leiten.⁵⁸

Aus diesen Gründen muss die Zustimmung zum Pariser Abkommen auch kritisch betrachtet werden. Der Klimaschutz ist für die, zu dem Zeitpunkt regierenden Parteien, Union und SPD, kein klassisches Thema mit hohem Stellenwert, weshalb die Bemühungen auf diesem Gebiet so weit gehen, wie sie mit den anderen Präferenzen der Parteien für Deutschland auf internationaler Ebene zu vereinbaren sind. Obwohl international dazu verpflichtet, schafft Deutschland es bisher jedoch nicht, die gesetzten Ziele einzuhalten und entgeht durch die Konzeption des Abkommens Sanktionen. Zusagen zum Klimaschutz werden im Sinne der positiven Selbstdarstellung gegenüber internationalen Akteuren gemacht, innerstaatlich werden jedoch wenige verbindliche Strukturen verwirklicht, um die Zusagen zu erreichen. Auf

⁵² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Kein Durchbruch bei Klimagipfel, 21.12.2009, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69232/klimakonferenz-in-kopenhagen-21-12-2009>, abgerufen am: 04.03.2019.

⁵³ Vgl. Noesselt, Nele: Chinesische Politik. Nationale und globale Dimensionen, 2. Aufl., Baden-Baden 2018, S. 183.

⁵⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Der neue Weltklimavertrag, 15.12.2015, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel>, abgerufen am: 13.03.2019.

⁵⁵ Vgl. Böcher/Töller, a. a. O., S. 52

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 40; vgl. Böckem, a. a. O., S. 17.

⁵⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, a. a. O., S. 7.

⁵⁸ Vgl. ebd.

nationaler Ebene bekennen sich die Regierungsparteien auch eindeutig zur Notwendigkeit der Klimapolitik und nutzen internationale Bekenntnisse zur Veranschaulichung ihrer Mühe und Tatkräftigkeit. Diese äußern sich jedoch nicht in konkreten nationalen Maßnahmen und haben aufgrund dessen einen eher symbolischen Charakter, wie beispielsweise der jährliche Klimaschutz-Index zeigt.⁵⁹

Im Allgemeinen verfolgt Deutschland somit eine stringente Idee in der internationalen Klimapolitik. Im Zwei-Ebenen-Spiel agiert die deutsche Regierung, wie in der Theorie, als Vermittler zwischen nationaler und internationaler Ebene. Ihr Handeln im internationalen Raum wird stark von innerstaatlichen Präferenzen, dem Ratifikationsprozess und von Interessen der Regierung geleitet. Im Folgenden werden die treibenden Akteure und Interessen der chinesischen Klimapolitik analysiert.

4. Klimapolitik Chinas

4.1. Innerstaatliche Akteure und Präferenzen

In China lassen sich weniger innerstaatliche Einflussgruppen als in Deutschland identifizieren. Wirtschaftliche Akteure, von der Umweltverschmutzung betroffene Bürger, die Politik, sowie NGOs und wissenschaftliche Einrichtungen sind jedoch einflussstuchende Akteure und werden deshalb im Folgenden betrachtet.⁶⁰

Der Wirtschaft und ihrem Wachstum kommt in China eine sehr wichtige Rolle zu, da die Arbeitsplätze vieler Bürger sowie der Wohlstand der gesamten Nation von ihr abhängt. Die großen Firmen sind direkt von klimapolitischen Regelungen betroffen, da diese in China in der Regel mit Änderungen im wirtschaftlichen System verbunden sind. Diese fordern Investitionen von ihnen, die mit hohen Kosten einhergehen, was in einen Konflikt mit ihrem Interesse an Expansion und dem Ausbau des Profits gerät.⁶¹ Des Weiteren ist das Ansehen der CEOs großer Unternehmen in der Politik hoch. Ihre Interessen stehen im Einklang mit Chinas Wunsch nach fortlaufender wirtschaftlicher Entwicklung. Die Regierung selbst betont häufig die Relevanz der Wirtschaft und deshalb hat letztere auch die Möglichkeit, einen großen Einfluss auf die Politik auszuüben.⁶² Der mächtige Einfluss der wirtschaftlichen Akteure lässt sich ebenfalls daran erkennen, dass politische Akteure auf Provinzebene stark mit der Wirtschaft verflochten sind, weil ihr Karriereverlauf von wirtschaftlichen Faktoren abhängt. Deshalb werden von der Zentralregierung gemachte Vorschriften, die zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen sollen, häufig nicht umgesetzt.⁶³ Zudem ist der Staat oftmals Eigentümer von Unternehmen, wodurch sich die Präferenzen von Staat und Wirtschaft stark überschneiden und der Staat das Interesse verfolgt, den Erfolg der Unternehmen zu erhalten oder zu verbesser-

⁵⁹ Vgl. Zeit Online: Klimaschutz-Index 2018. Staaten halten sich kaum an Pariser Klimavertrag, 15.11.2017, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-11/klimaschutz-index-2018-klimaziele-pariser-abkommen>, abgerufen am: 15.07.2019; vgl. Bauer, Steffen: Internationale Klimapolitik 2018. Von Paris über Bonn nach Katowice, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 68 (2018), S. 24f.

⁶⁰ Vgl. Conrad, Björn: Umweltpolitik: Urbane Luftverschmutzung, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 356; vgl. Sandalow, David: Guide to Chinese Climate Policy 2018, New York 2018, S. 134f.

⁶¹ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 355 f.; vgl. Sandalow, a. a. O., S. 123.

⁶² Vgl. Sandalow, a. a. O., S. 135.

⁶³ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 356; vgl. Voß, a. a. O., S. 172.

sern.⁶⁴ Wirtschaftliche Akteure werden durch ihre Relevanz für die Entwicklung des Landes und auch aufgrund ihrer Verflechtungen mit der Politik zum größten innerstaatlichen Akteur, der seine Präferenzen in diesem Politikbereich durchsetzen möchte und dabei häufig erfolgreich ist.

Darüber hinaus lässt sich jedoch erkennen, dass unzufriedene Bürger die Umwelt- und Klimapolitik beeinflussen wollen. Proteste gegen den Zustand der Umwelt haben in den letzten Jahren stetig zugenommen und ökologische Herausforderungen gehören mittlerweile zu den häufigsten Beschwerdegründen bei Behörden.⁶⁵ Die Asienwissenschaftlerin Elizabeth Economy behauptet, dass zivilgesellschaftliche Akteure die chinesische Regierung mehr in die Handlungsverantwortung ziehen würden, weil Probleme, wie Smog, die Bevölkerung direkt betreffen.⁶⁶ Ihr Einfluss ist in der Praxis jedoch stark eingeschränkt, was beispielsweise daran zu erkennen ist, dass Umweltproteste häufig von Behörden verlegt oder gestoppt werden.⁶⁷ Das autoritäre politische System Chinas räumt der Regierung und der Partei als Souverän im Staat eine größere Position ein als seinen Bürgern, weshalb deren Rolle als innenpolitischer Akteur auch in der Umwelt- und Klimapolitik Chinas sehr begrenzt ist.⁶⁸

Des Weiteren können NGOs oder wissenschaftliche Einrichtungen, wie Universitäten, in Beratungsprozessen die Regierung beeinflussen. Denn es ist zu beobachten, dass diese häufiger als in anderen Politikbereichen, in klimapolitische Themen einbezogen werden. Generell haben NGOs in China aber eine geringe Einflussmöglichkeit auf die Regierungsarbeit. Von ihnen und Wissenschaftlern geführte Informationskampagnen zum Thema Klimawandel, sowie von ihnen entwickelte Vorschläge für Gesetzesänderungen haben jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung in dieser Thematik beeinflusst.⁶⁹ Sie werden auf den Willen der Regierung hin in den Beratungsprozess eingebunden und sind dazu aufgerufen, zu einem positiven Bild Chinas beizutragen. Ihr Erfolg ist außerdem davon abhängig, wie stark sie in die Regierungsstrukturen integriert sind.⁷⁰ Anhand dessen ist zu erkennen, dass innerstaatliche Akteure, mit Ausnahme der Wirtschaft, einen schwierigen Standpunkt haben, um ihre Präferenzen zu artikulieren. Die Regierung Chinas verfügt über eigene Interessen, die sie in der Klimapolitik umsetzen möchte. Deshalb werden als nächstes die Rolle und die Präferenzen der Regierung analysiert.

⁶⁴ Vgl. Heilmann, Sebastian/Heep, Sandra: Politische Durchsetzung von Wirtschaftsreformen, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 200f.

⁶⁵ Vgl. Shi-Kupfer, Kristin/Heilmann, Sebastian: Gesellschaftliches Unruhepotenzial, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 288.

⁶⁶ Vgl. Economy, Elizabeth C.: China's Environmental Future: The Power of the People, China's Next Chapter, Juni 2013, <https://www.mckinsey.com/featured-insights/asia-pacific/chinas-environmental-future-the-power-of-the-people>, abgerufen am: 27.02.2019.

⁶⁷ Vgl. Shi-Kupfer/Heilmann, a. a. O., S. 288.

⁶⁸ Vgl. Heilmann, Sebastian/Rudolf, Moritz: Die Verfassung eines Parteistaates, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S.43.

⁶⁹ Vgl. Voß, a. a. O., S. 24.

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 164.

4.2. Rolle und Präferenzen der Regierung

Putnam sagt, dass Regierungen als zentraler Akteur im Zwei-Ebenen-Spiel auch eigene Interessen verfolgen, um ihr primäres Ziel, den Machterhalt, zu fördern.⁷¹ Dies trifft auch auf China zu. Die Strukturen des politischen Systems Chinas sind auf historische Entwicklungen zurückzuführen. Darunter fällt auch die Entwicklung der „zentralstaatlichen und einheitsstaatlichen Ordnungsvorstellungen“⁷², die der Zentralregierung zu großer politischer Macht verhelfen. Das Ratifikationskonzept des liberalen Ansatzes, das zum Erreichen des Machterhalts dient, kann in Hinblick auf China nicht angewendet werden. Die alltägliche politische Arbeit wird durch den Ständigen Ausschuss des NVK (Nationaler Volkskongress) gehandhabt, wodurch dieser ebenfalls dazu befähigt ist, über die Ratifizierung internationaler Abkommen zu entscheiden.⁷³ Darüber hinaus existieren keine demokratischen Wahlen zum NVK. Aufgrund dessen besteht auch keine Möglichkeit der Sanktionierung der Regierung durch die Bevölkerung, wie es der Zwei-Ebenen-Ansatz in liberalen Staaten vorsieht.⁷⁴ Dennoch stützt sich die Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) und der Regierung auf „das Versprechen von gesellschaftlichem Wohlstand und sozialer Stabilität“⁷⁵. So gehört das wirtschaftliche Wachstum und die damit verbundene Entwicklung des Landes auch zu den primären Interessen und Zielen der chinesischen Regierung. Es wird zudem sehr viel Wert auf die Projektion eines positiven Bildes Chinas nach Außen gelegt. Der Klima- und Umweltschutz ist in diese übergreifende chinesische Strategie integriert worden.⁷⁶

Nichtsdestotrotz kann ein Bewusstseinswandel in der Regierung verzeichnet werden, welcher der Umwelt- und Klimapolitik mit voranschreitender Zeit einen größeren Stellenwert zuschreibt. Dies ist sowohl durch sichtbare Umweltprobleme als auch durch wirtschaftliche Herausforderungen und Wünsche nach Veränderung motiviert. Smog, der in der Mehrheit der chinesischen Großstädte vorzufinden ist, führt zu gesundheitlichen Belastungen, Protesten der Zivilgesellschaft und einer Abschreckung von ausländischen Investoren. Chinas Regierung sieht aufgrund dessen und anderweitigen wirtschaftlichen Herausforderungen die Notwendigkeit, das wirtschaftliche System Chinas zu reformieren, um langfristig erfolgreich zu sein.⁷⁷ Die Reformmaßnahmen betreffen insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien, einer gleichzeitig weniger energieintensiven Wirtschaft und den Dienstleistungssektor. Diese Ziele stehen im Einklang mit den Umwelt- und Klimavorhaben der Regierung. Denn Chinas Umweltprobleme und Beitrag zum Klimawandel emergieren aus der energieintensiven Wirtschaft, die maßgeblich auf Kohle basiert.⁷⁸ Darüber hinaus ist der Ausbau des Sektors für erneuerbare Energien im großen Interesse der Regierung, um die Energiesicherheit auszubauen, damit die große Abhängigkeit von fossilen Energieimporten nicht weiter zu einem größeren

⁷¹ Vgl. Brummer/Oppermann, a. a. O., S. 80.

⁷² Heilmann, Sebastian/Shih, Lea: Die Zentralregierung, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 58.

⁷³ Vgl. Heilmann/ Rudolf, a. a. O., S. 41.

⁷⁴ Vgl. Heilmann, a. a. O., S. 167.

⁷⁵ Ders./Zhu, a. a. O., S. 245.

⁷⁶ Vgl. Sandalow, a. a. O., S. 245.

⁷⁷ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 355.

⁷⁸ Vgl. Dittrich, Andreas: Die Klimapolitik der Volksrepublik China – Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum? in: KAS Auslandsinformationen (2011) 4, S. 82-100, S. 83.

Risiko heranwächst.⁷⁹ Außerdem haben die *Chinese Academy of Science* und die Weltbank berechnet, dass Umwelt- und Klimaschäden zu immer höheren Kosten führen. Die Förderung erneuerbarer Energien würde somit beide genannten Ziele miteinander vereinen. Anhand dessen ist eine klare Verflechtung von Chinas Klima- und Wirtschaftspolitik zu sehen, wobei häufiger im Interesse der Wirtschaft gehandelt wird, da kein Interesse daran besteht, die Wirtschaftskraft zu beeinträchtigen.⁸⁰

Als primärer klimapolitischer Akteur der Regierung in China ist das Umweltministerium beziehungsweise das Ministry of Ecology and Environment (MEE) zu identifizieren. Vor 2008 war es eine Umweltschutzbehörde mit geringem Einfluss. Von dort an hat es sich zu einem vollwertigen Ministerium entwickelt. Seit 2018 hat es diverse weitere Zuständigkeiten erhalten.⁸¹ Daran ist zu erkennen, dass Klima- und Umweltpolitik eine größere Rolle in der Exekutive Chinas spielt und das Umweltministerium seine Reichweite ausbaut. Trotzdem muss es dazu vor allem auf die Kollaboration mit anderen Ministerien setzen, wodurch sich erneut zeigt, dass dieses Politikfeld auf andere relevante Politikfelder abgestimmt werden muss.⁸² Außerdem sind Kontrollschwierigkeiten bei der Umsetzung von Gesetzen und Richtlinien festzustellen. Die gesellschaftliche und zum Teil auch politische Akzeptanz des Ministeriums ist beschränkt, weil insbesondere auf Provinzebene eher der Wirtschaft Vorzug gegeben wird.⁸³ Die Regierung muss somit bereits als Interessenvermittler auf nationaler Ebene agieren, wobei sie, wie bereits erwähnt, primär die Interessen durchsetzt, die ihren eigenen Vorstellungen entsprechen.⁸⁴

Die Regierung ist im Zwei-Ebenen-Ansatz der einzige Akteur, der das Land auf der internationalen Ebene vertreten kann. In China trifft dies ebenfalls zu. Die Regierung wurde in den letzten Jahrzehnten in internationale Verhandlungen über den Klimaschutz eingebunden und war der Akteur, der entschied, Umwelt- und Klimapolitik auf nationaler Ebene zu regeln. Bereits vor international verbindlichen Zusagen kann die nationale Verankerung von Klima- und Umweltschutzgesetzen beobachtet werden. Erste konkrete Zielsetzungen wurden im zehnten Fünfjahresplan festgehalten. Ministerpräsident Li Keqiang sagte im Jahr 2014 der Umweltverschmutzung den Kampf an und machte dafür das eigene Wirtschaftsmodell verantwortlich. Anfang 2015 trat eine Neufassung des Umweltschutzgesetzes in Kraft.⁸⁵ Nationale Gesetze und Initiativen zum Klima- und Umweltschutz gab es somit bereits im letzten Jahrzehnt. Zu internationalen Verpflichtungen hat sich China jedoch lange nicht bereiterklärt.⁸⁶ Welche Präferenzen Chinas Regierung auf der internationalen Ebene vertritt und wie sie nationale Interessen mit Forderungen internationaler Akteure ausbalanciert, wird im folgenden Abschnitt analysiert.

⁷⁹ Vgl. Sternfeld, Eva: Chinas international Energiestrategie, 08.01.2013, <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/152664/china>, abgerufen am: 01.03.2019.

⁸⁰ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 356; vgl. Voß, a. a. O., S. 169.

⁸¹ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 356f.

⁸² Vgl. ebd., S. 356.

⁸³ Vgl. ebd., S. 359.

⁸⁴ Vgl. Köcheritz, Angela/Vorholz, Fritz: Atemlos durch die Stadt. Hoffnung für den Klimagipfel in Lima: China will den Kohleverbrauch eindämmen und die Luftverschmutzung vermindern, in: Die Zeit, 5.12.2014, <https://www.zeit.de/2014/50/klimawandel-china-luftverschmutzung/komplettansicht>, abgerufen am: 01.03.2019.

⁸⁵ Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 186f.

⁸⁶ Vgl. Voß, a. a. O., S. 179.

4.3. Internationale Verhandlungen und Präferenzen

4.3.1. Chinas traditionelles Verhalten auf internationaler Ebene

Mit dem langanhaltenden traditionellen außenpolitischen Verhalten Chinas im Bereich der Klimapolitik wurde mit der Zustimmung zum Pariser Klimaabkommen im Jahre 2015 gebrochen. China verfolgte bis zu diesem Zeitpunkt eine sehr zurückhaltende Strategie auf internationaler Ebene, die ausschließlich auf die Wahrung nationaler Interessen ausgerichtet war. Die Hauptgründe waren die Sorge vor Verlust der Souveränität als auch die Befürchtung, dass das Wirtschaftswachstum und damit die Entwicklung des Landes durch internationale Verbindlichkeiten eingeschränkt würden.⁸⁷ China sicherte des Öfteren Emissionsenkungen zu, allerdings ohne sich, wie beim Abkommen von Paris, völkerrechtlich zu diesen zu verpflichten. Das Land rechtfertigte seine hohen Emissionen durch seine Definition als Entwicklungsland und sah sich deshalb im Recht, sich wirtschaftlich weiterentwickeln zu dürfen. Diese Ansichten sowie die Maxime, dass die Industrieländer den größten Teil zum Klimawandel beigetragen haben und damit eine größere Verantwortung tragen als China, zumal China weiterhin einen niedrigeren Pro-Kopf-Emissionsausstoß hat, sind weiterhin ein Teil von Chinas Überzeugung und außenpolitischer Strategie.⁸⁸ Der Unterschied liegt darin, dass China vor 2015 keinen international bindenden Vereinbarungen zugestimmt hat. Bereits 2009 sollte in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Die Verhandlungen auf der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, der COP 15 (Conference of the Parties), sind jedoch gescheitert, insbesondere aufgrund der stark divergierenden Interessen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungs- und Schwellenländern. China pochte bei den Verhandlungen darauf, dass Industrienationen eine größere Schuld am Klimawandel haben und deshalb eine größere Verantwortung tragen.⁸⁹ Daran kann man erkennen, dass China aus Sorge vor negativen Konsequenzen und zur Wahrung nationaler Interessen lange versucht hat, sich aus der internationalen Klimadiplomatie herauszuhalten und dabei darum bemüht war, andere Industrienationen zu Zugeständnissen zu bewegen. Diese Haltung hat sich verändert. Aufgrund dessen wird als nächstes die Situation Chinas auf internationaler Ebene anhand der Präferenzen anderer internationaler Akteure, sowie anhand der eigenen internationalen Interessen analysiert.

4.3.2. Präferenzen internationaler Vertragsparteien

Bis zur Klimakonferenz 2015 in Paris änderte sich die Sicht auf China durch die anderen internationalen Vertragsparteien sowie die Einstellung der chinesischen Regierung auf diesem Themengebiet. Die Industrieländer, die einen Teil der Verhandlungspartner Chinas auf internationaler Ebene ausmachen und eine treibende Kraft in internationalen Klimaverhandlungen spielen, haben China lange für sein zurückhaltendes Verhalten kritisiert, es aber gezwun-

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 179.

⁸⁸ Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 183f.

⁸⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Kein Durchbruch bei Klimagipfel, 21.12.2009, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69232/klimakonferenz-in-kopenhagen-21-12-2009>, abgerufen am: 04.03.2019.

genermaßen toleriert.⁹⁰ Der Druck auf und das negative Bild von China wurden größer, seitdem das Land zum größten Treibhausgasemittent der Welt aufgestiegen ist. Andere Entwicklungsländer, für die China häufig als Vertreter sprach, begannen dessen Rolle stark zu hinterfragen und zweifelten aufgrund von Chinas großer wirtschaftlichen Macht an der Eigendefinition als Entwicklungsland.⁹¹ Chinas Ansehen wurde somit schlechter. Im Zuge dessen versuchten auch andere Industriestaaten China durch ihre Position international unter Druck zu setzen. Gleichzeitig war der Wunsch nach einem internationalen Klimaabkommen, das möglichst viele Staaten ratifizieren, vorhanden, womit das win-set vieler Vertragsparteien in Paris sehr groß war, weil die Kosten einer Nicht-Einigung für viele beteiligte Industriestaaten, ebenfalls wie beim Scheitern eines Abkommens in Kopenhagen, zu hoch gewesen wären.⁹² China hingegen hatte ein kleines win-set, da es zum Schutz der eigenen Wirtschaft international keine zu großen Zugeständnisse gemacht hätte.⁹³ Daraus lässt sich schlussfolgern, dass China sein kleines win-set zum eigenen Vorteil in den Verhandlungen nutzen konnte. Klein bedeutet in diesem Sinne, dass ein Land wenig Spielraum für die Verhandlungspositionen anderer Länder zulässt und auf seine eigene Position beharrt. Dies entspricht der Annahme Putnams, dass ein kleines win-set zu einer vorteilhaften Verhandlungsposition führen könne. China argumentiert jedoch nicht wie die Theorie mit dem Verweis auf die innerstaatlichen Präferenzen, sondern weiterhin mit dem Recht auf uneingeschränkte wirtschaftliche Entwicklung.⁹⁴ Dies wurde bereits als primäre Präferenz der Regierung herausgestellt und ist als Begründung, aufgrund der Rolle der Regierung im eigenen politischen System, auch plausibel. Die Argumentationsweise und Chinas Stellung im internationalen System hat der Regierung genützt, um die eigenen Interessen in dem Fall durchzusetzen.

In dieser internationalen Situation war China 2015 zu verorten. Trotz des wachsenden Druckes hatte China eigene Präferenzen, die es auf internationaler Ebene vertreten hat und durchsetzen konnte. Aufgrund dessen wird im folgenden Abschnitt untersucht, wie die Regierung die Balancierung ihrer internationalen und nationalen Präferenzen geschafft hat.

4.3.3. Chinesische Präferenzen auf internationaler Ebene

Die chinesische Regierung hatte auf der internationalen Ebene den Willen, andere Staaten zu größeren Zugeständnissen zu bewegen, weil sie in diesen die maßgeblich Schuldigen für den Klimawandel sieht. Dafür war es strategisch notwendig, eigene Zugeständnisse zu machen.⁹⁵ Die Herausforderung für die chinesische Regierung bestand in dieser internationalen Drucksituation darin, die Präferenzen der anderen Verhandlungspartner mit ihren zu vereinbaren. Die Triebkräfte für internationale Zusagen sind unterschiedlich, aber können primär mit der Konzeption des Pariser Abkommens, der Erkenntnis neuer wirtschaftlicher Vorteile und der be-

⁹⁰ Voß, a. a. O., S. 26.

⁹¹ Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 183; vgl. Dröge, Susanne/Rattani, Vijeta: Internationale Führung in der Klimapolitik nach der COP 23. Die EU vor neuen klimadiplomatischen Aufgaben, in: SWP-Aktuell, (2018) 9, S. 5.

⁹² Vgl. Lynas, Mark: How do I know China wrecked the Copenhagen Deal? I was in the Room, in: The Guardian, 22.12.2009, <https://www.theguardian.com/environment/2009/dec/22/copenhagen-climate-change-mark-lynas>, abgerufen am: 05.03.2019.

⁹³ Vgl. Keohane, Robert O./Oppenheimer, Michael: Paris: Beyond the Climate Dead End through Pledge and Review? in: Politics and Governance, Jg. 4 (2016) 3, S. 148.

⁹⁴ Vgl. Conrad, a. a. O., S. 357f.

⁹⁵ Vgl. Keohane/Oppenheimer, a. a. O., S. 148.

reits geschilderten nationalen Situation begründet werden. Mit der Konzeption des Abkommens hatten alle Länder die Möglichkeit, eigene Pläne, die sogenannten INDCs (Intended Nationally Contributions) zu verfassen und einzureichen. Diese enthielten die Maßnahmen eines Staates, um die vereinbarten Ziele zu erreichen.⁹⁶ Eine solche Konzeption des Abkommens konnte China positiv für sich nutzen, indem es Ziele formulierte, die mit den national geplanten wirtschaftlichen Umstrukturierungen, also mit den Präferenzen der Regierung einhergehen und somit einfach zu erreichen sind. Außerdem musste China keine Sanktionen bei Nicht-Einhaltung erwarten, wodurch die vorherige Befürchtung, die wirtschaftliche Entwicklung durch internationale Zusagen einzuschränken, wegfiel.⁹⁷ Darüber hinaus konnte China seine innerstaatlichen und wirtschaftlichen Interessen, insbesondere die Förderung des Dienstleistungssektors und des Erneuerbare-Energien-Sektors, mit dem internationalen Abkommens in Einklang bringen. Denn Klimaschutz wird in China als Möglichkeit gesehen, eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen und als Marktführer in diesen Technologien internationale Standards zu setzen und davon wirtschaftlich zu profitieren.⁹⁸

Klimapolitik wurde zudem als Teil der Soft Power eines Staates erkannt. Unter Soft Power ist nach der Definition von Joseph S. Nye „power of attraction to affect the behavior of other states through the use of non-coercive instruments including culture, political values and foreign policy“⁹⁹ zu verstehen. Die Art und Weise der Interaktion mit anderen Staaten sowie die Verantwortungsübernahme in internationalen Verhandlungen können die Soft Power positiv beeinflussen. Insbesondere das Auftreten in international wichtigen Themenfeldern trägt dazu bei. Mit der wachsenden Relevanz der Klimapolitik steigt auch die Möglichkeit Chinas, durch ein fortschrittliches Auftreten seine Soft Power auszuweiten.¹⁰⁰ Denn strategisch ist es möglich, wenn man die internationalen Partner überzeugt, ein „responsible political actor both willing to and able to cope with global challenges“¹⁰¹ zu sein. Xi Jinping hat 2014 außerdem angekündigt, dass China seine Soft Power ausweiten und die Strategie überarbeiten müsse. Passend dazu präsentiert sich China seit dem Eintritt in das Pariser Klimaabkommen als Retter des Abkommens und Vorreiter in der Klimapolitik. Letzteres ist besonders seit dem Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen der Fall.¹⁰² Diese eigene Positionierung stimmt mit den zu Beginn genannten außenpolitischen Zielen und dem Vorgehen Chinas in anderen Politikbereichen überein. Klimapolitik wird somit ebenfalls für die Ausweitung der Soft Power verwendet.¹⁰³ Daraus lässt sich schließen, dass Chinas internationale Klimapolitik von nationalen Interessen und Präferenzen der Regierung getrieben wird, die sich durch nationale Umwelt- und Wirtschaftsherausforderungen, durch Einflüsse aus der Wissenschaft und

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 146.

⁹⁷ Vgl. Ankenbrand, Hendrik: Fünf Gründe, warum China am Klimaabkommen festhält, in: FAZ, 02.06.2017, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/nach-trumps-absage-fuenf-gruende-warum-china-am-klimaabkommen-festhaelt-15044245.html>, abgerufen am: 05.03.2019.

⁹⁸ Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 189.

⁹⁹ Karakir, Irem Askar: Environmental Foreign Policy as a Soft Power Instrument: Cases of China and India, in: *Journal of Contemporary Eastern Asia*, Jg. 17 (2017) 1, S. 5-26, S. 5.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 5f.

¹⁰¹ Ebd., S. 22.

¹⁰² Vgl. Raufleisch, Adrian: Climate change and China's window of opportunity to gain soft power, <https://zipar.org/current-events/climate-change-and-chinas-window-of-opportunity-to-gain-soft-power/>, 17.01.2019, abgerufen am 15.11.2019.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 184; vgl. Tilly, a. a. O., S. 174.

Zivilbevölkerung gewandelt haben. Klimapolitik wird als neue Chance für das eigene Image und die internationale Stellung des Landes gesehen. Im Anschluss werden diese Ergebnisse mit den Resultaten aus der Analyse Deutschlands in Hinblick auf die Fragestellung verglichen.

5. Vergleich der Akteure und Interessen Deutschlands und Chinas

Wenn man die Ergebnisse der Untersuchungen beider Länder vergleicht, fallen gewisse Gemeinsamkeiten, aber auch schwerwiegende Unterschiede auf.

In Deutschland konnte eine größere Anzahl innerstaatlicher Akteure identifiziert werden. Ihre Möglichkeit Einfluss zu nehmen, ist durch den Lobbyismus einfacher als in China. Die Analyse beider Systeme hat ergeben, dass wirtschaftliche Akteure in beiden Ländern die größte Reichweite besitzen, da beide Regierungen ein großes Interesse daran haben, die Wirtschaft zu schützen und auszubauen. Dies zeigt sich häufig im zögernden Handeln beider Regierungen, neue Gesetze und Strukturen für den Klimaschutz zu schaffen. NGOs spielen in China keine so große Rolle wie in Deutschland, wo sie versuchen, durch Protestaktionen mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen und Parteien vermehrt durch gezielten Lobbyismus zu beeinflussen. Dies ist erneut auf die Konzeption der politischen Systeme zurückzuführen.

Eine Auswirkung der Parteien auf den klimapolitischen Kurs Deutschlands ist ebenfalls zu beobachten. Die einfache Existenz einer grünen Partei spiegelt Präferenzen gesellschaftlicher Akteure wider, die von der Regierung beachtet werden müssen, um die eigene Macht weiterhin zu erhalten. Trotzdem zeigt sich in den Entwicklungen der letzten Jahre, dass die schwarz-roten Regierungen es mit anderen Themen geschafft haben ihre Macht aufrecht zu erhalten, ohne den Klimaschutz fortschrittlich zu gestalten. In Chinas Einparteiensystem gehen die Präferenzen der KPC mit denen der Regierung einher. Dies bleibt ein Problem für einen Fortschritt in der Klimapolitik, solange die meisten Vorhaben durch die Verschränkung des Staates mit der Wirtschaft beeinflusst werden.

Starke Gegensätze zeigen sich beim Einfluss der Medien auf klimapolitische Themen. Anhand der Ergebnisse der aktuellen Forschung lässt sich herausstellen, dass in China ein solcher Einfluss nicht besteht, während Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen in Deutschland durch Umweltverbände und die Wissenschaft als Sprachrohr genutzt werden können. Wenn diese Medien neue Erkenntnisse oder kritische Stimmen von Umweltverbänden hervorheben, sobald es ihnen von gesellschaftlicher Relevanz erscheint, können sie die öffentliche Diskussion anregen. Diese kann den politischen Diskurs beeinflussen. Beispielhaft zeigt sich das aktuell in der deutschen Debatte um die Notwendigkeit der Einhaltung der Klimaziele. Die Medien informieren die Bevölkerung über den Forschungsstand, Forderungen von Aktivisten und bereits erbrachte sowie notwendige Leistungen des eigenen Landes, wodurch das Thema gesellschaftlich vermehrt diskutiert wird und auch die regierenden Parteien dazu animiert, sich mehr damit zu befassen.¹⁰⁴

Das Durchsetzungsvermögen gesellschaftlicher Akteure in China ist durch die Macht der Regierung eingeschränkt. Trotzdem ist zu beobachten, dass die starke Belastung der Umwelt

¹⁰⁴ Vgl. Enders, Alexandra: Klimaschutzgesetz. Zum Klimaschutz gezwungen, in: Zeit Online, 29.05.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/klimaschutzgesetz-svenja-schulze-umweltministerium-klimakabinett>, abgerufen am 15.07.2019.

vermehrt Proteste auslöst, die zunehmend ernst genommen werden, um den Machterhalt nicht zu gefährden. Dies kann auch als ein Grund dafür betrachtet werden, dass sich die Regierung vermehrt mit dem Thema auseinandersetzt. Eine Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Lebensqualität in großen Städten ist letztendlich auch im persönlichen Interesse der führenden Politiker.

In beiden Ländern haben wissenschaftliche Erkenntnisse zur Aufklärung der Regierung über die Risiken und Folgen des Klimawandels beigetragen, wenn auch mit großem zeitlichem Abstand. Dies hat dazu geführt, dass Deutschland seit den 1990er Jahren ein Verantwortungsbewusstsein entwickelt hat, sich im Klimaschutz zu engagieren. Chinas Verständnis für den Klimaschutz hingegen hängt primär mit nationalen Umweltproblemen, wie Smog, zusammen, die aus ihrer energieintensiven Wirtschaft entstehen und sich in den letzten Jahren konkret bemerkbar machen. Eine Reaktion auf die Umstände ist somit notwendig. Deshalb versucht die Regierung, die Klimapolitik mit einem wirtschaftlichen Umbau zu verknüpfen. Die Motivation Chinas, sich im Klimaschutz zu engagieren, ist somit stark von eigennützligen Interessen geprägt. Eine ähnliche Motivation haben deutsche Regierungen auch. Ein einflussreicher Faktor für das Engagement Deutschlands und Chinas in der internationalen Klimapolitik ist das Interesse der Regierungen, die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu schützen und nicht durch klimapolitische Zugeständnisse zu beeinträchtigen. Hieran erkennt man besonders den innerstaatlichen Einfluss der Wirtschaft auf das Verhalten und die Präferenzen der Exekutiven in beiden Ländern. Deutsche Regierungen verknüpfen klimapolitische Maßnahmen, ebenso wie China, mit einem Umbau beziehungsweise einer Modernisierung der Volkswirtschaft. Beiden Regierungen kommt es gelegen, dass technologische Innovationen und der Erneuerbare-Energien-Sektor mit Zugeständnissen auf internationaler Ebene einhergehen.

Generell kommt der chinesischen Exekutive eine größere Rolle und mehr Macht als der deutschen zu. Beide befinden sich bildlich zwar zwischen der innerstaatlichen und internationalen Ebene und sind die einzigen Vertreter des Landes auf der letzteren, jedoch hat die chinesische Regierung aufgrund ihrer Stellung im politischen System Chinas eine größere Möglichkeit, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Sie kann durch die Wählerschaft nicht auf dieselbe Art und Weise sanktioniert werden wie die deutsche Regierung. Der Einfluss der Zivilgesellschaft ist in Deutschland aufgrund dessen eindeutig größer als in China.

Putnams theoretischer Annahme entsprechend sind die Regierungen in beiden Ländern am Machterhalt interessiert. Der Unterschied besteht darin, dass dieser aufgrund des divergierenden politischen Systems in Deutschland einfacher gefährdet ist, wenn die Meinung gesellschaftlicher Akteure nicht beachtet wird. Hier kommt der formale und informelle Ratifikationsprozess der liberalen Theorie ins Spiel, der auf China nicht angewendet werden kann und somit auch die übergeordnete Machtposition der chinesischen Regierung begründet. Allein deshalb muss die Einflussmöglichkeit innerstaatlicher Akteure in Deutschland anders gewichtet werden als in China. Der formale Ratifikationsprozess stellt bei einer Mehrheit der Regierung im Bundestag zwar kein großes Hindernis dar. Trotzdem besteht die Möglichkeit, gegen die Regierung zu opponieren. Diese Aufgabe versuchen insbesondere die Oppositionsparteien zu erfüllen. Der Wähler kann eine Regierung sanktionieren, indem er sie bei der nächsten Wahl abwählt. Anhand dieser Ergebnisse kann man erkennen, dass in Deutschland innerstaatliche Akteure einen großen Einfluss auf die Präferenzen der Regierung haben.

Auf internationaler Ebene handeln deutsche Regierungen im Kontext nationaler Präferenzen, und einer dadurch entstandenen Selbstdarstellung als klimapolitischer Vorreiter, kann diesem Image aufgrund der Nichteinhaltung seiner Ziele allerdings nicht mehr nachkommen. Diese Rolle soll symbolisch jedoch weiterhin gepflegt werden, weshalb beim Abkommen von Paris weitere ambitionierte Zugeständnisse gemacht wurden. Es wird offiziell die Meinung vertreten, dass nur ein gemeinsamer Kampf gegen den Klimawandel negative Konsequenzen verhindern kann. Deswegen versucht die deutsche Regierung, andere Länder durch eigene Zugeständnisse zur Nachahmung zu bewegen. Dies bietet die Möglichkeit, sich in ein gutes Licht zu rücken und sich als vorantreibende Kraft präsentieren zu können. China hat ebenfalls erkannt, dass ein Engagement in der internationalen Klimapolitik zu der Verbesserung des eigenen Bildes nach außen hin beitragen kann und die Machtambitionen im weltpolitischen Kontext unterstützt. Die Motivation, sich 2015 in Paris völkerrechtlich zu verpflichten, wich von den traditionellen Standpunkten Chinas ab. Noch 2009 in Kopenhagen sind die Verhandlungen an China gescheitert, weil es auf sein Recht der wirtschaftlichen Entwicklung pochte. Die erkannten Risiken des Klimawandels, Chancen in der Klimapolitik und keine Sanktionierung bei Nichteinhaltung führten aber zu einem Sinneswandel in China. Dieser Bereich wurde als Soft Power erkannt und wird zu einer Verbesserung des eigenen Images genutzt. Die internationale Klimapolitik Chinas wird somit weiterhin von eigennützigen Interessen geprägt. Denn von einflussreichen Fortschritten für das Klima ist auch China weit entfernt, obwohl es seine eigenen Klimaziele erreicht hat. Diese wurden lediglich so gesetzt, wie sie mit der Wirtschaft vereinbar sind.

Auf internationaler Ebene standen China und Deutschland zumindest bis 2015 auf gegenüberliegenden Seiten. Während Deutschland seit Jahrzehnten zu den treibenden Kräften zählte, blockierte China die Verhandlungen. Auch in Paris verfügten beide Länder über verschiedene Größen an win-sets. Während es für Deutschland nicht genügend Klimaschutz geben konnte, hat China die vage Konzeption des Abkommens genutzt, um innerstaatliche Präferenzen nicht zu gefährden. Deutschland war von der Zustimmung anderer Staaten wie China abhängig und musste seinen Verhandlungsspielraum deshalb entsprechend anpassen. Beide Länder haben es geschafft, die Schwachstellen des Pariser Abkommens zu ihrem Vorteil zu nutzen. Im Zwei-Ebenen-Spiel beider Staaten können schlussendlich sowohl ähnliche und divergierende Motivationen als auch unterschiedlich starke Einflussmöglichkeiten von innerstaatlichen Akteuren festgestellt werden. Zwei vermeintliche Vorreiter in der Klimapolitik, mit unterschiedlichen Herangehensweisen in der Eigendarstellung, schaffen es trotzdem nicht, dieser Rolle gerecht zu werden.

6. Fazit

Deutschland und China sind und werden in Zukunft vom Klimawandel betroffen sein. Dies stellt beide Länder im jungen Feld der Klimapolitik vor Herausforderungen. Anhand des Zwei-Ebenen-Ansatzes von Robert D. Putnams wurde analysiert, welche Triebkräfte und Interessen die Klimapolitik beider Länder leiten. Im neoliberalen Ansatz wirken zwei Ebenen aufeinander, anhand derer das außenpolitische Handeln von Staaten erklärt werden kann.

Auf innerstaatlicher Ebene übt insbesondere die Wirtschaft einen großen Druck auf beide Länder aus. NGOs und Medien können in Deutschland die wählende Bevölkerung und damit die klimapolitische Diskussion anregen. Umweltverbände haben es trotzdem schwer, weil der

Klimawandel im Gegensatz zu wirtschaftlichen Problemen als nicht genauso akut angesehen wird. In China kommt diesen innerstaatlichen Akteuren generell eine geringere Einflussmöglichkeit zu, was mit dem politischen System zusammenhängt. Die Regierung verfügt über große Macht. Außerdem fehlt China im Gegensatz zu Deutschland ein Ratifikationsprozess, womit die Sanktionierungen der Regierung im Sinne Putnams nicht möglich ist. Dieser Ansatz der liberalen Theorie konnte somit nicht auf China angewendet werden.

Die Regierungen beider Länder sind durch wirtschaftliche Interessen, wie die Modernisierung der Wirtschaft, technologischen Fortschritt und Förderung des Erneuerbare-Energien-Sektors motiviert, wobei diese in China im Vergleich zu Deutschland überwiegen. In Deutschland kommt ein Verantwortungsbewusstsein hinzu, das sich über Jahrzehnte hinweg durch wissenschaftliche Erkenntnisse und grüne Bürgerbewegungen entwickelt hat. China hingegen ist erst seit 2015 bereit, internationale Zugeständnisse zu machen. Motiviert ist dies besonders durch die Wahrnehmung von negativen Auswirkungen und der Erkenntnis, dass sich die Verantwortungsübernahme positiv auf das Bild des Landes und die Stellung im internationalen System auswirken kann. Mit einer großen zeitlichen Verschiebung werden die wissenschaftlichen Beiträge zum Klimawandel beachtet. Gleichzeitig stehen strategische Ziele, die mit Chinas Machtambitionen verbunden sind, auf internationaler Bühne im Fokus. Die Relevanz und Akzeptanz der wissenschaftlichen Erkenntnisse in China ist somit eine andere als in Deutschland. Außerdem sind die internationalen Zusagen ausschließlich am eigenen Vorteil orientiert und deshalb nicht sehr ambitioniert gewählt worden. An der Einschränkung seiner Wirtschaftskraft ist die chinesische Regierung trotz bestehender Umweltprobleme nicht interessiert. Deutschland im Allgemeinen jedoch auch nicht, was beide Länder zu einer großen Gemeinsamkeit bringt.

Im Kontext des letzten großen Klimaabkommens wurde untersucht, wie beide Regierungen eigene und innerstaatliche Präferenzen mit den Verhandlungspositionen anderer internationaler Akteure ausbalanciert haben. Deutschland wollte unbedingt ein Abkommen, weshalb es von der Zustimmung anderer Länder, wie etwa China, abhängig wurde. Eigene Zugeständnisse konnte das Land zwar unbegrenzt machen, die Einflussmöglichkeit auf China blieb jedoch begrenzt. China hingegen konnte seine Präferenzen aufgrund der Abhängigkeit der anderen Vertragsparteien einfach durchsetzen und die Bedingungen zur Unterzeichnung nahezu diktieren.

Im Allgemeinen lässt sich festhalten, dass sich beide Ebenen des theoretischen Ansatzes in Deutschland viel stärker gegenseitig beeinflussen als in China. Angesichts dessen, dass es sich um eine Theorie handelt, die dem Neoliberalismus zuzuordnen ist, ist dies keine Überraschung. Denn das politische System Chinas, die politische Entscheidungsfindung und dessen Beeinflussung weichen traditionell von diesem theoretischen Konstrukt ab. Trotzdem war es auch möglich, China damit zu untersuchen. Besonders gesetzliche Neuerungen und Praktiken in der Einbeziehung innerstaatliche Akteure machen dies möglich. Anhand der Untersuchung konnte verdeutlicht werden, dass die Regierungen unterschiedlich stark von innerstaatlichen Interessen geleitet werden und auch auf internationaler Ebene teilweise ähnliche, teilweise entgegengesetzte Interessen und Ziele verfolgen. Diese integrieren sich in das Bild der Länder in anderen Politikbereichen, in denen Deutschland sich häufig als normativer Akteur zu präsentieren versucht, während China globale Machtambitionen verfolgt und am Wachstum der eigenen Wirtschaft hängt.

Seit 2015 scheinen sich die Umstände jedoch zu verändern. Deutschland wird seine klimapolitischen Ziele voraussichtlich nicht erreichen und gerät unter Druck. Die Protestbewegung „Fridays for Future“ sorgt für gesellschaftliche und politische Diskussionen. Ein innerstaatlicher Akteur, der bewiesenermaßen einen Einfluss auf das äußere Handeln der Regierung haben kann, übt einen erheblich stärkeren Druck aus. Erste Sanktionierungen konnten anhand von Wahlergebnissen bereits erkannt werden. China auf der anderen Seite möchte, seit dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen, eine internationale Führungsposition einnehmen. Die Strategie, mehr Verantwortung zu übernehmen und seine internationale Stellung auszubauen, scheint ambitioniert vorangetrieben zu werden. Für nachfolgende Untersuchungen wäre es spannend zu analysieren, ob und wie sich Präferenzen der Staaten im Rahmen neuer gesellschaftlicher Entwicklungen verschieben und ob sich ein Einfluss solcher Bürgerbewegungen darin widerspiegeln kann.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Ankenbrand, Hendrik:** Fünf Gründe, warum China am Klimaabkommen festhält, in: FAZ, 02.06.2017, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/nach-trumps-absage-fuenf-gruende-warum-china-am-klimaabkommen-festhaelt-15044245.html>, abgerufen am: 05.03.2019.
- Bauer, Steffen:** Internationale Klimapolitik 2018. Von Paris über Bonn nach Katowice, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 68 (2018), S. 21-23, 18-25.
- Blazer, Imre:** Wer jetzt gut arbeitet, hat für die nächsten vier Jahre Ruhe, in: Die Zeit, 10.11.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/lobbyismus-sondierungsgespraech-jamaika-koalition-einflussnahme/komplettansicht>, abgerufen am: 07.03.2019.
- Böcher, Michael/Töller, Annette Elisabeth:** Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012.
- Böckem, Alexandra:** Klimapolitik in Deutschland: Eine Problemanalyse aus Expertensicht, Hamburg 2000.
- Brummer, Klaus/Oppermann, Kai:** Außenpolitikanalyse, Berlin 2014.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:** Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, Berlin 2016.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:** Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik, Berlin 2018.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:** Abkommen von Paris, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-abkommen-von-paris.html>, abgerufen am: 23.02.2019.
- Bundeszentrale für politische Bildung:** Der neue Weltklimavertrag, 15.12.2015, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel>, abgerufen am: 13.03.2019.
- Bundeszentrale für politische Bildung:** Kein Durchbruch bei Klimagipfel, 21.12.2009, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69232/klimakonferenz-in-kopenhagen-21-12-2009>, abgerufen am: 04.03.2019.
- Conrad, Björn:** Umweltpolitik: Urbane Luftverschmutzung, in: Heilmann, Sebastian: Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 355-360.
- Decker, Frank:** Etappen der Parteigeschichte der GRÜNEN, 16.07.2018, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/gruene/42151/geschichte>, abgerufen am: 08.03.2019.
- Dittrich, Andreas:** Die Klimapolitik der Volksrepublik China – Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum? in: KAS Auslandsinformationen Jg. 4 (2011), S. 82-100.
- Dröge, Susanne/Rattani, Vijeta:** Internationale Führung in der Klimapolitik nach der COP 23. Die EU vor neuen klimadiplomatischen Aufgaben, in: SWP-Aktuell, Jg. 9 (2018).
- Economy, Elizabeth C.:** China's Environmental Future: The Power of the People, China's Next Chapter, Juni 2013, <https://www.mckinsey.com/featured-insights/asia-pacific/chinas-environmental-future-the-power-of-the-people>, abgerufen am: 27.02.2019.

- Enders**, Alexandra: Klimaschutzgesetz. Zum Klimaschutz gezwungen, in: Zeit Online, 29.05.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/klimaschutzgesetz-svenja-schulze-umweltministerium-klimakabinett>, abgerufen am: 15.07.2019.
- Fischer**, Severin: Die deutsche Energiewende in der Europapolitik, in: Böttger, Katrin/Jopp, Mathias (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 317-328.
- Fronde**, Manuel: Deutschlands Klimapolitik: Höchste Zeit für einen Strategiewechsel, in: RWI Materialien Jg. 117 (2017), S. 1-22.
- Gründinger**, Wolfgang: Lobbyismus im Klimaschutz. Die nationale Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems, Wiesbaden 2012.
- Gu**, Xuewu: Theorien der internationalen Beziehungen. Einführung, 3. Aufl., Berlin 2018.
- Harnisch**, Sebastian: Vergleichende Außen- und Sicherheitspolitik, in: Schmidt, Manfred G./Wolf, Frieder/Wurster, Stefan (Hrsg.): Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 411-438.
- Heilmann**, Sebastian/**Heep**, Sandra: Politische Durchsetzung von Wirtschaftsreformen, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 193-203.
- Heilmann**, Sebastian: Politischer Führungswechsel und Xi Jinpings präsidialer Repräsentationsstil, in: Ders. (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 167-170.
- Heilmann**, Sebastian/**Rudolf**, Moritz: Die Verfassung eines Parteistaates, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 38-43.
- Heilmann**, Sebastian/**Shih**, Lea: Die Zentralregierung, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 58-68.
- Heilmann**, Sebastian/**Zhu**, Yi: Politische Kontrolle und Partizipationsforderungen, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 242-253.
- Karakir**, Irem Askar: Environmental Foreign Policy as a Soft Power Instrument: Cases of China and India, in: Journal of Contemporary Eastern Asia, Jg. 17 (2017) 1, S. 5-26.
- Keohane**, Robert O./**Oppenheimer**, Michael: Paris: Beyond the Climate Dead End through Pledge and Review? in: Politics and Governance, Jg. 4 (2016) 3, S. 142-151.
- Köcheritz**, Angela/**Vorholz**, Fritz: Atemlos durch die Stadt. Hoffnung für den Klimagipfel in Lima: China will den Kohleverbrauch eindämmen und die Luftverschmutzung vermindern, in: Die Zeit, 5.12.2014, <https://www.zeit.de/2014/50/klimawandel-china-luftverschmutzung/komplettansicht>, abgerufen am: 01.03.2019.
- Ladleif**, Frauke: Pariser Klima-Abkommen: Ohne Sanktionen wird sich nichts ändern, in: Greenpeace Magazin, 04.10.2016, <https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichten/pariser-klima-abkommen-ohne-sanktionen-wird-sich-nichts-aendern>, abgerufen am: 23.02.2019.
- Lynas**, Mark: How do I know China wrecked the Copenhagen Deal? I was in the Room, in: The Guardian, 22.12.2009, <https://www.theguardian.com/environment/2009/dec/22/copenhagen-sclimate-change-mark-lynas>, abgerufen am: 05.03.2019.

- Mittler**, Daniel: Die Klimapolitik ist in – und braucht – Bewegung. Reaktion auf vier Beiträge zum Thema Klimaschutz als Weltbürgerbewegung in GAIA: A. Brunnengräber (2014), C. Leggewie et al. (2015), S. Bauriedl (2015), B. Unmüßig (2015), in: GAIA (2015) 4, S. 228-231.
- Noesselt**, Nele: Chinesische Politik. Nationale und globale Dimensionen, 2. Aufl., Baden-Baden 2018.
- Putnam**, Robert D.: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization, Jg. 42 (1988) 3, S. 427-460.
- Raufleisch**, Adrian: Climate change and China's window of opportunity to gain soft power, <https://zipar.org/current-events/climate-change-and-chinas-window-of-opportunity-to-gain-soft-power/>, 17.01.2019, abgerufen am 15.11.2019.
- Sandalow**, David: Guide to Chinese Climate Policy 2018, New York 2018.
- Shi-Kupfer**, Kristin/**Heilmann**, Sebastian: Gesellschaftliches Unruhepotenzial, in: Heilmann, Sebastian (Hrsg.): Das Politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 284-291.
- Sohre**, Annika: Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung und Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Berlin 2014.
- Sternfeld**, Eva: Chinas international Energiestrategie, 08.01.2013, <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/152664/china>, abgerufen am: 01.03.2019.
- Tilly**, Jan: Two-Level-Games: Eine neoliberale Perspektive auf die Deutsch-Amerikanische Klimapolitik zwischen 1994 und 2001, in: Müller, Markus M. (Hrsg.): Casebook internationale Politik, Wiesbaden 2011, S. 161-177.
- Voß**, Edgar: Klimapluralisierung. Bündnisse mit der Zivilgesellschaft in der chinesischen Klimapolitik, Wiesbaden 2017.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages**: Die Rolle der Opposition in der Demokratie, 01.08.2016, <https://www.bundestag.de/resource/blob/419236/64f376df7bf65033d059668e3e8614f2/wd-3-285-06-pdf-data.pdf>, abgerufen am: 08.03.2019.
- Zeit Online**: Klimaschutz-Index 2018. Staaten halten sich kaum an Pariser Klimavertrag, 15.11.2017, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-11/klimaschutz-index-2018-klimaziele-pariser-abkommen>, abgerufen am: 15.07.2019.